

## Steuerstreit mit Frankreich

# Die UBS sagt «Stopp»

Die Eidgenössische Steuerverwaltung verlangt von der UBS, dass sie Kundendaten an Frankreich liefert. Die Bank wehrt sich dagegen. Und das lautstark.

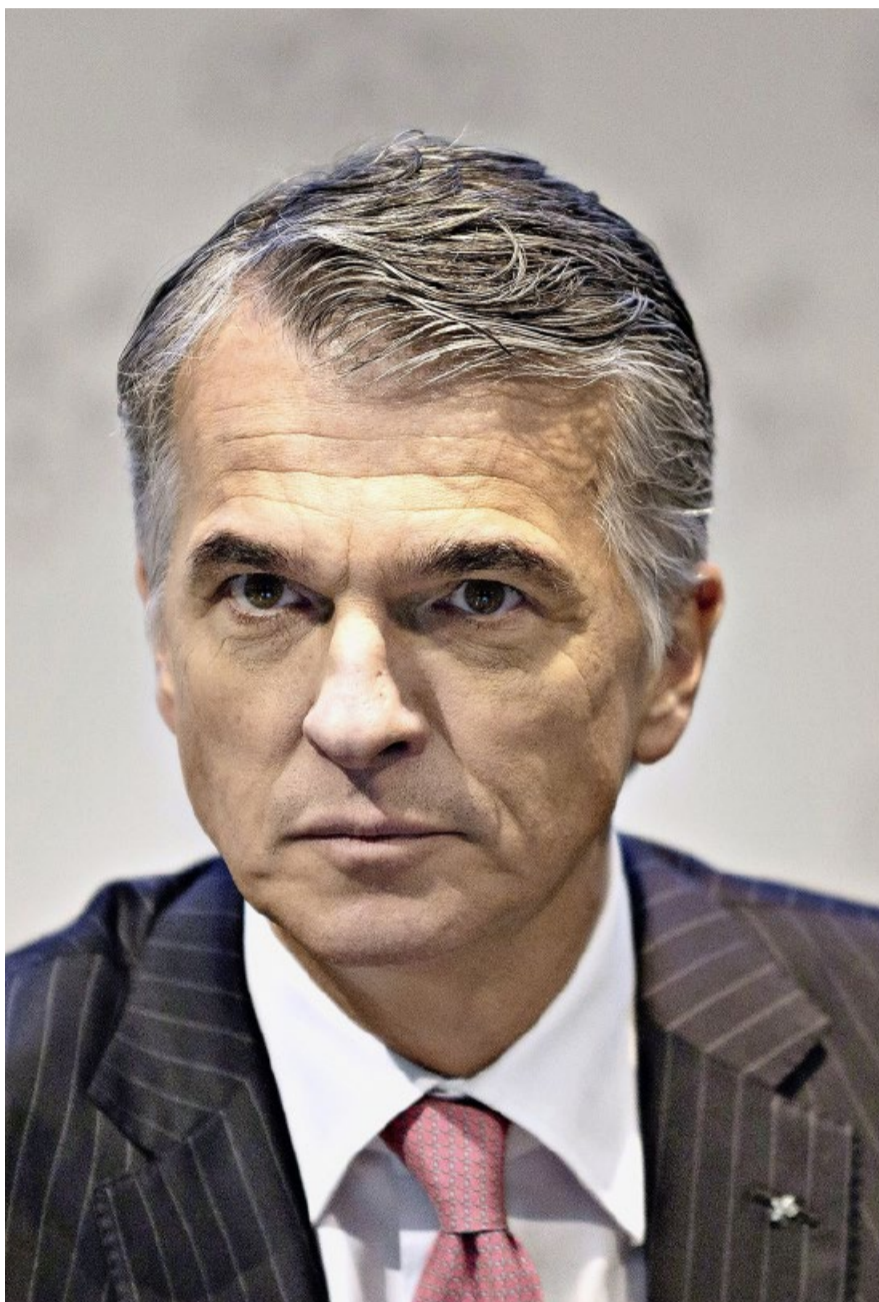
Jorgos Brouzos

UBS-Chef Sergio Ermotti hat sich mit seiner Bank einen neuen Gegner ausgesucht. Sie legte sich gestern mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) an. Das Institut widersetzt sich einer ESTV-Verfügung, die von der Bank verlangt, Kundendaten an Frankreich zu liefern. Sie bezeichnet die Rechtsgrundlage für das französische Steueramtshilfesuch als «bestenfalls unklar». Daher zieht sie den ESTV-Entscheid ans Bundesverwaltungsgericht weiter. Zudem wurden die betroffenen Kunden darüber informiert, wie sie die Verfügung auch eigenständig anfechten können. Wie viele Kunden unter die Anfrage fallen, ist nicht bekannt. Es handelt sich laut der UBS um Daten von aktuellen und ehemaligen französischen Bankkunden aus den Jahren 2006 bis 2008. Viele der Kundenbeziehungen seien bereits geschlossen. Die ESTV nimmt die Mitteilung der UBS zur Kenntnis, kommentiert sie aber nicht.

Wieso das Institut und die Behörde zu einem unterschiedlichen Schluss kommen, lässt sich derzeit nur vermuten. Es scheint so, als ob die ESTV grünes Licht gibt, wenn die ausländische Steuerbehörde eine Kontonummer kennt. Die UBS sieht das anders. Wer recht hat, entscheidet nun ein Gericht.

## Verbotene Gruppenanfrage

Es ist nicht die erste Auseinandersetzung, in die das Institut und die ESTV involviert sind. Eine Anfrage der niederländischen Steuerbehörde zu Kundendaten von der UBS wurde von der Steuerverwaltung ebenfalls durchgewinkt. Die Bank übergab daraufhin die Informationen an die Behörden. Doch wehrten sich später betroffene Kunden gegen die Datenlieferung, da es sich ihrer Ansicht nach um eine verbotene Gruppenanfrage gehandelt habe. Sie erhielten vom Bundesverwaltungsgericht recht. Es ist nicht bekannt, was nun mit



Will, dass seine Bank «steuerkonform» wird: Sergio Ermotti. Foto: Bloomberg

den überstellten Daten geschieht. Sicher ist: Die ESTV lässt die Schlappe nicht auf sich sitzen und hat den Entscheid weitergezogen.

## Umstrittene Informationen

Grundlage für die Anfrage der französische Steuerbehörden dürften deutsche Daten sein. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen beschafft sich immer wieder Steuer-CDs und gibt sie weiter. Die Verwertung dieser Informationen ist jedoch umstritten. Die Schweiz leistet bislang keine Steueramtshilfe, wenn sie auf gestohlenen Daten fusst. Der Bundesrat hat erst kürzlich wieder einen Versuch lanciert, diese Einschränkung zu lockern. Er verspricht sich dadurch bessere Noten für die Schweiz bei einem wichtigen OECD-Gremium.

Dessen ungeachtet geht die UBS davon aus, dass dieser Datensatz für weitere Anfragen benutzt wird. Die Situation in Frankreich ist aber für die Grossbank besonders heikel. Die Bank hat dort in einem anderen Verfahren 2014 eine Kautions über 1,1 Milliarden Euro hinterlegt. Sie wird verdächtigt, reichen Kunden von 2004 bis 2012 bei der Steuerhinterziehung geholfen zu haben. Sollte sie schuldig gesprochen werden, droht ihr eine hohe Busse. Die UBS wehrt sich jedoch gegen das Vorgehen der französischen Justiz und ficht es vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg an.

Die Vergangheitsbewältigung dürfte das Institut damit noch länger beschäftigen. Dabei hat UBS-Chef Ermotti immer wieder betont, dass die Bank ihre Kunden dabei unterstützt, steuerkonform zu werden. Dieser Prozess sei in den meisten europäischen Ländern grösstenteils abgeschlossen. Doch ist er es offenbar noch nicht ganz. Die Meldung, dass die UBS sich wehrt, ging gestern um die Welt. Mit diesem Auftritt punktet die Bank nicht nur bei den Betroffenen - er wird auch den Druck auf säumige Kunden erhöhen, ihr Vermögen zu legalisieren.

## Herbert Scheidt soll Odier ablösen

Vor kurzem gab vor allem das Gehalt des Präsidenten von Vontobel zu reden. Jetzt soll Herbert Scheidt die Bankiervereinigung führen.

Arthur Rutishauser

Vontobel-Präsident Herbert Scheidt soll neuer Präsident der Bankiervereinigung werden. Dies berichten gut unterrichtete Kreise. Er wäre damit Nachfolger von Patrick Odier, der seit 2009 an der Spitze des mächtigen Wirtschaftsverbandes stand. Odiers Präsidentschaft wird in Zürcher Bankerkreisen als eher unglücklich taxiert. In seine Zeit fielen der Steuerstreit mit den USA und der verlorene Kampf um das Bankgeheimnis. Dem Genfer Privatbanker Odier wird vorgeworfen, viel zu lange am Bankgeheimnis festgehalten zu haben - selbst als klar war, dass die amerikanische Übermacht nicht zu brechen war und dass die Europäer sich nicht auf eine Abgeltungssteuer einlassen wollten. Darum wurde jetzt auf dem Bankenplatz die Forderung nach einem Deutschschweizer Präsidenten laut.

## Mit ruhiger Hand

Der 65-jährige Scheidt ist eine Art Kompromisskandidat; so ist er kein Grossbanker, aber eben auch kein Vertreter der Genfer Privatbanken mehr. Er ist schweizerisch-deutscher Doppelbürger und seit 2002 bei Vontobel. Bis 2011 als CEO, seither als Präsident des Verwaltungsrats. Er beruhigte die nach der Dotcom-Blase skandalgeschüttelte Bank und führte sie mit ruhiger Hand.

Mit Ausnahme der Hoeness-Affäre gab es unter Herbert Scheidt keine grösseren Skandale, allerdings auch keine spektakulären Wachstumsinitiativen oder Zukäufe. Allgemein wird erwartet, dass die Bank, nachdem Hans Vontobel Anfang dieses Jahres im Alter von 99 Jahren gestorben ist, in absehbarer Zeit verkauft wird. Ein Gericht, das allerdings offiziell immer dementiert wird. Zu reden gab an der letzten Generalversammlung vor allem Scheidts Salär, das 2015 um 23 Prozent auf 2,6 Millionen Franken stieg. Die Mehrheit der Aktionäre, die nicht zur Vontobel-Familie gehören, lehnten dies ab.

An Herausforderungen dürfte es Scheidt als neuem Bankierpräsidenten nicht fehlen. Wie der Streit der UBS mit Frankreich beweist, ist das Ende des Bankgeheimnisses noch lange nicht bewältigt. Die Negativzinsen drücken bei vielen Banken auf die Margen, vor allem dann, wenn sie wegen knappen Eigenkapitals nicht genügend Hypothekarkredite vergeben können.

## «Die Franzosen können durchaus unangenehm werden»

Laut Rechtsexperte Peter V. Kunz weigert sich die UBS, Daten französischer Kunden zu liefern, weil sie sich für kommende Verfahren wappnen möchte.

Mit Peter V. Kunz sprach Franziska Kohler

Die Steuerverwaltung will, dass die UBS Informationen zu Kunden aus Frankreich liefert, doch die Bank stellt sich quer. Die Rechtsgrundlage für das Gesuch sei «bestenfalls unklar». Was meint sie damit?

Das habe ich mich auch gefragt. Die Rechtsgrundlage als solche ist relativ klar und deutlich. Einerseits legt das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Frankreich und der Schweiz die Regeln für den Datenaustausch fest. Andererseits hat die Schweiz 2012 das Steueramtshilfesgesetz eingeführt. Ich könnte mir deshalb vorstellen, dass die UBS weniger die Rechtsgrundlage meint als den Inhalt des Gesuchs. Im konkreten Fall könnte eine «fishing expedition» vorliegen - also eine relativ allgemeine, breite Anfrage der französischen Behörden ins Blaue hinaus. Das wäre nach schweizerischem Recht unzulässig.

Oder aber es handelt sich um gestohlene Daten. Laut der UBS stützen sich die französischen Ermittler auf Unterlagen deutscher Behörden.

Das könnte der zweite heikle Punkt sein. Es ist durchaus möglich, dass die Informationen, welche die deutschen an die französischen Behörden weitergegeben haben, auf gestohlenen Bankdaten beruhen. Auch dann würde die Schweiz keine Amtshilfe gewähren.

Mit den USA stritt die UBS jahrelang, weil Schweizer Behörden Daten an die Amerikaner ausgeliefert hatten. Erleben wir den US-Steuerstreit 2.0?

Der Konflikt mit den USA war meiner Meinung nach anders gelagert. Die Wirtschaftsmacht der Amerikaner ist grösser als jene der Franzosen. Die USA konnten viel mehr Druck gegenüber den Schweizer Banken aufsetzen. Aber die Franzosen können durchaus auch unangenehm werden. Etwa, wenn sie Niederlassungen von Schweizer Banken in Frankreich durchsuchen oder Verhaftungen vornehmen würden, was auch schon vorgekommen ist. Oder wenn sie auf der politischen Ebene Druck ausüben.

## Woran denken Sie?

Die Schweiz ist mit Blick auf die EU auf den Goodwill der Franzosen angewie-



Peter V. Kunz

Der 51-Jährige ist Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und Geschäftsführender Direktor des Instituts für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern.

sen. Beispielsweise bei der Suche nach einer Lösung für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, bei der sie Zugeständnisse der EU braucht. Dort besteht zumindest ein nicht zu unterschätzendes Erpressungspotenzial. Frankreich würde zwar nie einen direkten Zusammenhang zwischen diesen beiden Angelegenheiten herstellen. Aber man muss sich bewusst sein, dass die Franzosen eine Tradition des politischen Drucks kennen.

Laut UBS wurden die Daten auch an andere europäische Länder weitergeleitet. Was kommt da noch auf die Bank zu?

Die UBS muss sich auf weitere solcher Gesuche einstellen. Das ist für sie aber mittlerweile Daily Business. Aussergewöhnlich ist eher, dass sie sich derart vehement und öffentlich gegen das Vorgehen zur Wehr setzt. Die meisten Banken überlassen es ihren ausländischen Kunden, sich gegen die Auslieferung der eigenen Daten zu wehren. Dass die UBS sich nun sperrt und sogar vor das Bundesverwaltungsgericht gehen will, ist eine grosse Ausnahme. Ich könnte mir vorstellen, dass taktische Überlegungen eine Rolle spielen. Vermutlich versucht die UBS, ein erstes Gerichtsurteil zu ihren Gunsten zu erstreiten, um sich für kommende Verfahren zu wappnen.

Den USA bezahlte die UBS am Ende 780 Millionen Dollar, um den Streit beizulegen. Könnte es diesmal ähnlich schmerzhaft werden?

Es geht hier wohl nicht nur um die Angst vor einer Busse. Es geht auch um die Reputation der UBS. Ihr haftet nicht zuletzt seit dem US-Steuerstreit das Image an, Bankkunden relativ schnell fallen zu lassen, wenn es für sie unangenehm wird. Zeigt sie jetzt, dass sie sich gegen einen fremden Staat wehrt und für die eigene Klientel einsetzt, sendet sie damit auch ein Signal an aktuelle und potenzielle Kunden. Ausserdem ist die UBS in Frankreich bereits in einen grossen Streit verwickelt, bei dem horrende Bussenzahlungen drohen. Diese beiden Konflikte haben zwar nichts miteinander zu tun. Bekommt die UBS im neusten Fall aber Rückendeckung von einem Schweizer Gericht, könnte sich das positiv auf den ersten Konflikt auswirken.

Entscheidet nun das Bundesverwaltungsgericht, dass die UBS die Daten nicht ausliefern darf - wie geht der Streit dann weiter?

Wenn das Bundesverwaltungsgericht der UBS recht gibt, könnte die Eidgenössische Steuerverwaltung dieses Urteil grundsätzlich vors Bundesgericht bringen. Sollte die UBS unterliegen, könnte sie das ebenfalls. Ich erwarte also in jedem Fall ein Urteil des Bundesgerichts in dieser Angelegenheit. Die Sache wird sich wohl noch länger hinziehen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die zugrunde liegenden Daten aus den Jahren 2006 und 2008 stammen. Mögliche Steuerdelikte sind also bald verjährt. Das kann mit ein Grund sein, warum die UBS den Fall nun weiterziehen will.

## Digital: Swisscom mit Umstellung auf Kurs

Die Digitalisierung der Telefonie in der Schweiz macht Fortschritte. Mittlerweile telefonieren 1,3 Millionen Festnetzkunden der Swisscom übers Internet. Ende 2017 wird der analogen Sprachtelefonie der Stecker gezogen. Es hätten bereits 60 Prozent des Kundenbestandes zur Telefonie übers Internetprotokoll (IP) gewechselt, sagte Beat Döös, Leiter der Umstellung bei der Swisscom, gestern in Zürich: «Wir sind auf Kurs.» Es sei realistisch, dass die Swisscom bis Ende nächsten Jahres alle analogen Anschlüsse umgestellt habe.

Ab Ende 2017 brauchen Kunden, die nur mit der Swisscom telefonieren wollen, einen Router, um ihr Telefon anzustecken, und ISDN-Telefone bei Privatkunden funktionieren dann nicht mehr. Firmen, bei denen ISDN noch wesentlich verbreiteter ist, wird ein Router angeboten, mit dem ISDN-Telefone weiterhin benutzt werden können.

Spezielle Anwendungen wie Lifttelefone, Alarmanlagen oder Haustechnik seien eine grosse Herausforderung, gestand Döös: «Wir gehen davon aus, dass es 100 000 Liftanlagen mit Telefon, 100 000 Alarmanlagen und 100 000 weitere Sonderanwendungen gibt. Das sind gut 10 Prozent aller Festnetzanschlüsse.» Für solche Fälle seien bereits heute Lösungen vorhanden. (SDA)